

Danziger Zeitung.



№ 9641.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Letterbagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

4. Die neue Städteordnung. II.

In einem ersten Artikel ist von uns der Entwurf der neuen Städteordnung hinsichtlich derjenigen Bestimmungen erörtert worden, welche das Verhältniß der Stadt als Gesamtheit zu anderen Körperschaften der Selbstverwaltung oder zu den Staatsbehörden betreffen. Wir wenden uns nun zu den Veränderungen, welche im städtischen Organismus selbst vorgeschlagen werden. Mit einer solchen, welche zwar an sich principiell wichtig ist, können wir uns sehr kurz abfinden, weil sie nur facultativ sein, ihre Annahme in das Belieben jeder einzelnen Commune gestellt sein soll, und aller Wahrscheinlichkeit nach von dieser Ermächtigung sehr wenig Gebrauch gemacht werden wird. Bisher stand es in den Provinzen, für welche die Vorlage bestimmt ist, nur Städten von weniger als 2500 Seelen zu, statt der bei uns fast überall bestehenden collegialischen Einrichtung des Magistrats das am Rhein geltende Recht anzunehmen, wonach der Bürgermeister der alleinige selbstständig ausführende Beamte ist, etwaige zu seiner Unterstützung erforderliche städtische Beamte ihm untergeordnet, nicht seine Kollegen sind. Die Wahl zwischen beiden Systemen soll künftig jeder Stadt freistehen. Die Gewöhnung an das Collegialsystem wird indeß in den östlichen Provinzen wohl überall daran festhalten lassen.

Von größerem praktischen Belang sind einige vorgeschlagene Neuerungen betreffs der Wahl der Stadtverordnetenversammlung. Zwar die Grundlagen der Wahlordnung sollen unverändert bleiben: das Wahlrecht bleibt an eine Steuerzahlung (6 Mk., welcher Satz durch Ortsstatut bis auf 12 Mk. erhöht werden kann) gebunden und auch die Einteilung in drei Klassen bleibt bestehen. Was man aber gegen dieses System auch einzuwenden haben mag, wenn es bei politischen Wahlen zur Anwendung kommt — in der Commune, in der es sich in erster Reihe um wirtschaftliche Zwecke handelt, hat es seine Berechtigung; das allgemeine gleiche Wahlrecht, das im Staate seine theoretische Begründung allenfalls in der allgemeinen Wehrpflicht findet, wäre in der Commune nicht bloß gefährlich, sondern gegen die Natur der Dinge; an einem Orte, dessen Bewohner aus wenigen reichen, einer geringen Zahl mächtig wohlhabender und einer großen Menge ganz befristeter Personen besteht — und manche kleine Fabrikstadt paßt in diese Kategorie — könnte vermittelt des allgemeinen gleichen Wahlrechts sehr leicht der Anfang zu einer Güterconfiscation auf dem Wege der Besteuerung gemacht werden. Behält der Entwurf die bisherigen Cautelen dagegen bei, so giebt er andererseits eine solche gegen die Ausbeutung der Unbemittelten durch die Wohlhabenden: es wird nämlich der Fortfall der jetzt geltenden Bestimmung vorgeschlagen, daß die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen. In vielen Städten wird

erst dadurch eine rationelle und gerechte Communal-Besteuerung möglich werden. Eine solche muß durchaus zu einem sehr erheblichen Theile Grund- resp. Gebäudesteuer sein, denn die meisten aus dem Gemeindefiskus erfolgenden Aufwendungen erhöhen den Werth des städtischen Grundbesitzes. Es ist bekannt, daß in England die Grund- und Gebäudesteuer die principale Communalsteuer ist; zwar nicht eine Nachahmung, wohl aber eine Annäherung an dieses System ist bei uns — und zwar ganz unabhängig von der Frage der Ueberweisung der Gebäudesteuer des Staates an die Communen — erforderlich; aber mit Stadtverordneten-Versammlungen, in denen die Hausbesitzer die Majorität haben, wird es darum stets an sehr vielen Orten übel bestellt sein. — Ebenfalls als eine Verbesserung ist es anzusehen, daß vor der Hand die Einteilung in die drei Klassen nur auf Grund der Klassen- und Einkommen-Steuer-Zahlung erfolgen soll, statt bisher nach Maßgabe aller directen Staats-, Gemeinde- und sonstigen Abgaben; die Sache wird dadurch künftig einfacher und gleichmäßiger vor sich gehen. Ebenfalls erwünscht ist die Ersetzung der öffentlichen durch die geheime Abstimmung. Dagegen sehen wir nicht ein, warum die Bildung der Abstimmungsbezirke nur unter „Anführung“ der Stadtverordneten durch den Magistrat erfolgen soll; die Stadtverordneten werden über die hierbei in Betracht kommenden localen Detailverhältnisse meistens genauer informiert sein, als der Magistrat, so daß sich also ihre gleichberechtigte Mitentscheidung empfiehlt.

Ueber eine für die großen Städte sehr wichtige, in den letzten Jahren in vielen derselben in den Vordergrund getretene Frage schweigt der Entwurf völlig: die der Decentralisation der großstädtischen Verwaltungen. Die heute geltende Städte-Ordnung läßt die Stadtverordneten eine Fülle von Einzelheiten der Verwaltung entscheiden, und die neue Vorlage will daran nichts ändern. Als Stein die Städte-Ordnung schuf, waren diese Dinge auch in den größten der damaligen preussischen Städte von jedem Mitgliede der Communalverwaltung zu übersehen. Heute ist dem nicht bloß in Berlin, wo Bestimmungen von einem drohenden Bankrott der Selbstverwaltung reden, sondern auch in den meisten Städten von etwa 80 000 Einwohnern nicht mehr so; die Stadtverordneten-Versammlung stimmt da nur allzu oft über Bewilligungen, Verkäufe u. dgl. ab, während vielleicht nur zwei oder drei Mitglieder von der Sache genauere Kenntniß haben. Das Auskunftsmittel, solche Details etwa dem Magistrat zu überlassen und die Stadtverordneten auf die Feststellung des städtischen Budgets und der Grundsätze der Verwaltung, auf die Wahl der Magistrats-Mitglieder zc. zu beschränken, ist unannehmbar; es würde die Stadtverord-

neten = Versammlungen zu Stadtparlamenten machen, während sie mitverwalten sollen. Welche andere Auskunft aber ist da denkbar, als eine Decentralisation der Verwaltung nach Stadtbezirken — bei der allerdings immer die Stadtverordneten-Versammlung der Mittelpunkt der Mitwirkung der Bürgerschaft bleiben müßte? Der Entwurf, wie gesagt, ignorirt das hier berührte Postulat der neueren Entwicklung unserer großen Städte durchaus. Wie die alte Städteordnung gestattet zwar auch er, daß durch „Ortsstatut“ die Regelung von Angelegenheiten, welche in der Städteordnung nicht erschöpfend behandelt sind, erfolgen kann; aber da dasselbe nichts enthalten darf, was bestehenden Gesetzen entgegen ist, so könnte durch Ortsstatut beispielsweise keine gesetzliche Function der Stadtverordneten-Versammlung auf andere, durch Decentralisation zu schaffende Organe übertragen werden.

Die neue Städteordnung soll am 1. Januar 1877 in Kraft treten und alsbald sollen in ihrem Geltungsbereich alle Stadtverordneten-Versammlungen erneuert werden. Das ist wohl unvermeidlich, wenn es bei dem uns Ende 1876 und Anfang 1877 bevorstehenden Ueberfluß an Wahlen auch keine besonders erfreuliche Aussicht ist: da das Wahlsystem, wie oben erwähnt wurde, einige Veränderungen erfahren soll, so würden, wollte man sich mit der alle zwei Jahre erfolgenden Drittelerneuerung begnügen, die städtischen Vertretungen mehrere Jahre hindurch Mitglieder zählen, welche ihrem Wahlsprung nach verschiedenen Kategorien angehörten, und das könnte doch Uebelstände mit sich bringen. Wird der Entwurf in einer Anzahl der Verbesserung bedürftiger Punkte abgeändert, so wird er einen Fortschritt begründen, welcher der Mühe einer Neuwahl der Stadtverordneten-Versammlungen schon werth sein dürfte.

Deutschland.

N. Berlin, 16. März. Die Competenz-gesetz-Commission setzte heute ihre Berathungen bei § 3 fort. Zu demselben wird bestimmt, daß der Kreisaußschuß betreffend die Bestätigung der Gemeinde- und Gutsvorsteher, sowie der Schöffen endgültig beschließen soll. Hier wurden auf Antrag Lasker die Worte „endgültig“ und „sowie der Schöffen“ gestrichen, ferner hinzugefügt, daß, auch im Falle der Bestätigung, den Gemeinde- und Gutsvorstehern die Beschwerde an den Provinzialrath zustehen soll. Die Landräthe haben bei den Wahlen der Gemeinde- und Gutsvorsteher die Formalien nicht immer streng befolgt, die so Gewählten haben dann ihr Amt angetreten und sind später für unfähig befunden worden, konnten aber nicht mehr aus dem Amte entfernt werden. In Erwägung dieser Thatsache stellte der Abg. Perlius einen Zusatzantrag, nach welchem gegen die Wahl binnen 10 Tagen Beschwerde bei dem

Kreisaußschuß erhoben werden kann. Erst nach Ablauf dieser Frist resp. erst nach der diesbezüglichen Entscheidung des Kreisaußschusses kann die Wahl bestätigt werden. Die Beschwerde wird im Verwaltungsstreitverfahren entschieden. Dieser Antrag wurde angenommen. Ein Beschluß von principiell weittragender Bedeutung wurde sodann bei § 4 gefaßt: „Der Gemeindevorsteher ist befugt und verpflichtet, Beschlüsse der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung), welche deren Befugnisse überschreiten oder sonst die Gesetze verletzen oder das Interesse der Gemeinde in dringender Weise gefährden, von Amtswegen oder auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde zu beanstanden und über ihre Ausführung sofort die Beschlußnahme des Kreisaußschusses einzuholen. Die gleiche Befugnis und Verpflichtung hat der Amtsvorsteher in Betreff der Beschlüsse des Amtsausschusses u. s. w.“ Dieser Paragraph wurde auf den Antrag des Abg. Lasker gestrichen. Nach unveränderter Annahme des § 5 trat man alsdann in die Berathung des § 6 ein, welcher dem Kreisaußschuß die Beschlußfassung über Beschwerden von Armen gegen Verfügungen der Vorstände ländlicher Ortsarmenverbände darüber, ob, in welcher Höhe und in welcher Weise Armenunterstützungen zu gewähren sind, überträgt. Es wurde hier die Mittheilung gemacht, daß in der Provinz Preußen die Anzahl der Beschwerden über verweigerte bez. zu geringe Armenunterstützung sehr groß sei, z. B. in Marienwerder ca. 600 pro Jahr; je weiter gegen Westen, desto mehr verringern sich diese Beschwerden. Der Paragraph wurde unverändert angenommen. Sodann beschloß man noch für die gewerbepolizeilichen Sachen eine Commission von 3 Mitgliedern zu ernennen und diese Sachen, incl. Apothekerordnung, Hilfskassen-gesetz, Gesetz über Versicherungszwang im Zusammenhange zu behandeln; ferner beim Hause zu beantragen, daß alle demselben gemachten Vorlagen, soweit sie Competenzfragen betreffen, an die Competenzgesetzcommission verwiesen werden. — In der heutigen Sitzung der Budgetcommission ist der gestern bereits mitgetheilte Antrag des Abg. Virchow in folgender Fassung angenommen worden: „Unter Berücksichtigung der Ansprüche des deutschen Reichs und mit Heranziehung disponibler Militärgrundstücke einen geordneten Plan für den Bau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin aufstellen zu lassen und dem Landtage wo möglich noch im Laufe dieser Session vorzulegen.“

Aus Mecklenburg, 16. März. In der durch das Größtentum im vorigen Sommer berühmt gewordenen Stadt Hagenow offenbarte sich neulich so recht der Geist eines Theils unserer Lehrwelt. Auf der Tagesordnung stand Religion und der Antragsteller glaubte schon genug gethan zu haben, wenn er zu acht wöchentlichen Religionsstunden rieth. Die ehrenwerthe Lehrerversammlung

tiger stoßender Manier; man sollte glauben, es fehlten ihm am Anfang die Worte, oder die sich ihm aufräuhelnden seien ihm nicht gut genug, und er weise sie in Gedanken zurück, um bessere zu suchen. Allein schon nach wenigen Minuten ändert sich sein Benehmen, die Worte scheinen sich alle zur rechten Zeit einzufinden, und der Redner ist ganz Herr seines Stoffes. Doch spricht er niemals mit dem geringsten Anfluge dessen, was man in den Schulen oratorischen Schwung zu nennen pflegt, er redet gemessen, salbungsvoll, betont jedes Wort mit dem ihm eigenthümlichen Nachdruck und eine seiner wirksamsten Redewendungen — tricks nennt man sie auf englisch — besteht darin, das Hauptwort zu wiederholen und zwar mit einem höchst glücklich gewählten Beiworte. Auch die rednerischen Künste verschmäht er nicht, und insbesondere, wenn er von der Krone, von „Ihrer gnädigen Majestät“ spricht, thut er in dieser Richtung des Guten zu viel. Die Hauptstärke Disraelis besteht nicht in der großen, wohl ausgearbeiteten Rede von längerer Dauer; dazu fehlt ihm die nöthige Detailkenntnis und der sittliche Ernst, der allein den großen Parlamentsredner macht. Um eine große (nicht eine lange) Rede halten zu können, um einen Gegenstand von allen Seiten zu beleuchten, muß man selbst von dem inneren Werthe der Sache auf das Innerste durchdrungen sein, muß man an dieselbe — glauben. Und diesen Eindruck kann und wird Disraeli niemals hervorzubringen im Stande sein. Es scheint immer, als sei Alles doch nur schließlich Ironie; trotz des feierlichsten Tones, trotz allen Ernstes; mit einem Worte, man glaubt immer, für Disraeli sei die Politik nur eitles Spiel, eine Komödie, in welcher er, als der Geschicktere, die Anderen am Seile zu führen sucht. Seine Stärke liegt in der bitteren, ährenden Ironie, welche vom Momente eingegeben wird; in glänzenden, oft überraschenden Einfällen, und Bildern, wie sie zu dem Gegenstande der Debatte kaum glücklicher gefunden werden könnten; in der Zurückweisung von Annahme und Dünkel, welche sich auf nichts, als etwa auf Geburt und Ahnen stützen; freilich wird er jetzt im Amte auch etwas schroff in dieser Manier und er dehnt dieselbe auf Gebiete aus, die er nicht berühren sollte. Und Disraeli weiß auch, worin seine Stärke liegt. Seine besten Reden während der langen Jahre seiner parlamentarischen Laufbahn dauerten niemals zwanzig Minuten, die meisten weit darunter.

Aus dem englischen Unterhause.

Es ist nicht häufig interessant, im Unterhause einen Abend zuzubringen und die ehrenwerthen Herren auf beiden Seiten des „Speakers“ über das Wohl des Landes debattiren zu hören. Das englische Unterhause ist eben kein Theater, wie die Nationalversammlung in Versailles, auch kein Debattir-Club, wie manche deutsche Kammern. Im englischen Unterhause — heißt es in einem Londoner Briefe der „Fr. Ztg.“ — giebt es keine Tribüne, und in Folge dessen auch kein Pathos, am wenigsten ein falsches; wer etwas zu sagen hat, steht einfach auf, nimmt den Hut von dem Kopfe, den alle Mitglieder sonst immer aufbehalten, und bemüht sich vor allem Anderen to catch the eye of Mr. Speaker, d. h. von dem „Speaker“ das Wort zu erhalten. Dieser weiß aber auch schon meistens, wohin er seine Blicke zu wenden hat, denn im ganzen Hause giebt es verhältnismäßig nicht viele Mitglieder, welche sich an einer Debatte überhaupt betheiligen, und bei speciellen Gegenständen kann der geübte Präsident schon beinahe von vornherein errathen, wer zu sprechen verlangen wird. Durch diese Methode werden sehr häufig langweilige und nichtsagende Reden verhindert, und bei dem großen Tacte, den der Sprecher meist zu besitzen pflegt, kommt es fast niemals vor, daß parteiischer Weise Redner, die wirklich etwas Wichtiges zu sagen hätten, am Sprechen verhindert werden.

Es giebt im englischen Unterhause auch keine Pulte für die Mitglieder, in welchen dieselben quasi ihr Bureau einrichten können, keine bequeme Fauteuils, in denen man schlafen oder seine Correspondenz und Lectüre besorgen kann. Auf beiden Seiten des Saales steht eine Reihe von Bänken, die mit grünem Leder überzogen sind; in der Mitte befindet sich ein riesig großer Tisch, auf welchem die Mace, d. h. der goldene Scepter des Unterhauses, liegt, und an welchem die Beamten des Hauses in ihrem besonderen Gewande und mit Perrücken sitzen. An dem Ende des Hauses, etwas erhöht, sitzt in einem alterthümlichen Lehnstuhle, der einem Schilderhäuschen etwas ähnelt, der Sprecher — Mr. Speaker — angethan mit langem schwarzem Talar und unendlich großer Perrücke. Auf der rechten Seite des Saales (vom Sprecher aus) sitzen die Mitglieder der Regierung; in der ersten Bank, hart am Tische, auf der sogenannten treasurybench die Minister und Staatssecretäre, die aber Mitglieder des Hauses sein müssen, und auf der linken Seite nehmen die Mitglieder der Opposition Platz, in der ersten Bank, grade gegen-

über den Ministern, und nur durch den Tisch getrennt, die hervorragendsten Mitglieder derselben, z. B. die früheren Minister und Unterstaatssecretäre. Da der Saal für die Anzahl der Mitglieder eigentlich zu klein ist, so kommt es häufig vor, daß viele M. P. auf der Gallerie Platz nehmen, wo sie dann dadurch erkennbar sind, daß sie auch dort den Hut auf dem Kopf behalten; nur bei Abstimmungen begeben sie sich dann in die Lobby — den Abstimmungscorridor — hinab; ferner hat dieser Raumangel zur Folge, daß manches Mal ein Mitglied, welches entweder einen sehr schlechten oder gar keinen Platz hat, an den Tisch herantritt, wenn er das Auge des Speakers „fangen“ will.

An eigentlichen Rednern leidet das Haus fast vollständigen Mangel, oratorisches Talent, wie man es sich in der Schule vorstellt, und wie man in den Büchern einen Mirabeau, einen Chs. Fox, Sheridan oder Burke geschildert findet, scheint gänzlich aus der Mode gekommen zu sein; dagegen giebt es einzelne Redner, welche durch die Gewalt ihrer Argumente, die klare eindringliche Weise und die gefälligen, fließenden Worte an jene Art der Beredsamkeit erinnern, wie sie von den griechischen Rednern der besten Zeit einem kritischen Publikum gegenüber gebraucht worden sein dürfte.

Eine Debatte im Unterhause über einen wichtigen Gegenstand kann man sich in der jetzigen Generation gar nicht ohne Gladstone und Disraeli denken, gerade wie man sich kaum ohne Pitt und Fox das Bild des Unterhauses unter George III. vorstellen kann. Gladstone gehört zu denjenigen Erscheinungen, die man nicht so leicht im Leben wieder vergißt, auch wenn man sie nur einmal gesehen haben sollte. Obgleich er vor zwei Jahren in seinem Schreiben erklärte, daß er nach 45jähriger Thätigkeit im Parlamente Ruhe sich gönnen dürfe, so zeigt doch nichts an dem Manne noch, daß man es mit diesem Wunsche ernst nehmen müßte. Obwohl bereits im Alter von 67 Jahren, steht der Redner doch noch terzengerade da. Wohl ist sein Haar ergraut, und schon ziemlich spärlich, allein die hohe Stirne und das große, klar und hell in die Welt blickende Auge verrathen den Denker und den Arbeiter auf geistigen Gebieten. Große ist sein Gesicht nicht zu nennen, die zu große Nase würde diese Bezeichnung allein schon unmöglich machen, allein es imponirt, und wenn er erst zu sprechen angefangen, dann hängt das ganze Haus an seinen Lippen, und die Art, wie er seine Behauptungen, Satz für Satz klar und in schöner Sprache auseinanderlegt, steht unter der heutigen

Generation der englischen Staatsmänner unübertroffen da. Selbst wenn man mit seinen Prämissen auch manchmal nicht einverstanden sein sollte, der Beweiskraft seiner Folgerungen kann man sich nicht entziehen. Dabei ist seine Rede ohne jeden äußerlichen Aufputz; keine gekünstelte Stellung, keine Geste, kein Haschen nach Effecten; hochauferichtet steht der Mann vor dem Hause da, die beiden Hände auf den Tisch gestemmt, und nur zuweilen mit den ziemlich alten und abgetragenen Handschuhen spielend, die er vor Beginn seiner Rede abgestreift hat. Dazu athmet jedes Wort, das er spricht, den sittlichen Ernst, von dem er durchdrungen ist, man sieht und fühlt, daß er selbst das glaubt, was er sagt, und nicht bloße Komödie spielt. Kein ironisches Lächeln zeigt sich auf dem Antlitz seiner Zuhörer, wenn er der Regierung Opposition macht; Jedermann fühlt sich überzeugt, daß dieser Redner das spricht, was er glaubt und für Recht hält, und nicht bloß, weil er auf der linken Seite des Speakers seinen Platz hat. Und Gladstone allein versteht es auch im Hause den trockensten aller trockenen Gegenstände, einer Budgetdebatte, einen höheren, bei seinen eigenen Budgetreden hätte man fast sagen dürfen, poetischen Beigeschmack zu verleihen.

Einen vollständigeren Gegensatz als zwischen Gladstone und Disraeli kann man sich kaum vorstellen. Disraeli ist nur um ein wenig älter als Gladstone, allein er steht um zwanzig Jahre älter aus, und macht überhaupt die Erscheinung eines von körperlichen Leiden schwer heimgefügten Mannes. Während der Debatte sitzt er auf der Treasurybench fast stets in einer Positur, die vermuthen, — aber auch nur vermuthen — läßt, daß er schlafe, oder doch wenigstens schlummere; sein Haupt ist nach vorne tief geneigt, seine Augen sind geschlossen, und seine ganze Haltung macht den Eindruck eines unendlich ermüdeten und matten Greises. Allein eingeweihte wissen, daß Disraeli auf seinem Sitze nicht schläft. Entweder Gewohnheit oder eine kleine Comödie oder vielleicht Bekämpfung seiner Gichtschmerzen, von denen er geplagt wird, sind der Grund für die sonderbare Haltung. Denn wie er jetzt als Minister daßigt, so konnte man ihn auch als Chef der Opposition auf der linken Seite des Speakers in anscheinendem Halbschlummer versunken sehen.

Doch seine ganze Haltung ändert sich, wenn er spricht. Mit der einen Hand sich auf den Tisch stützend, das Haupt ein wenig geneigt, beginnt Disraeli seine Reden stets in langamer, oder rich-

indem empfand diese Stundenzahl für gar zu karglich zugemessen und empfahl für Religion zehn Stunden und einen anderen wichtigen Unterrichtsgegenstand dafür um zwei Stunden zu verkürzen! Außerdem sprach sie sich dahin aus, daß das feste Einlernen des lutherischen Katechismus nicht genüge und man ein gründliches Einlernen des ganzen Landeskatechismus mit seinen Fragen, Antworten und Bibelfprüchen erstreben müsse. Nebenbei gesagt, ist dieses Buch nicht allzu dünn und findet der Teufel die gewissenhafteste Beschreibung darin, an der sich manche Behörden bei Abfassung von Stedbriefen ein Muster nehmen könnten. Ueber solche Vorgänge in einem Theile unserer Lehrerwelt dürfen wir uns weiter nicht wundern. Mir liegt gerade ein Fachblatt aus dem Jahre 1873 bei der Hand, welches helle Streiflichter auf das Leben und Treiben in dem Landes-Seminar zu Neukloster wirft. Danach nehmen „Gotteswort“ und die Feld- und Schuppenarbeiten einen ziemlich großen Theil des Tages fort. Wenigstens zwei Stunden täglich müssen die Jünglinge sich mit Graben, Mähen, Dungstreuen, Korbflechten, Pantoffelmachen, Mausefallenfabrikation u. dgl. beschäftigen, und macht es auf einen für die Volksbildung bedachten Besucher einen überaus peinlichen Eindruck, wenn er gewahrt werden muß, wie die künftigen Lehrer, anstatt über gesunder Lectüre zu sitzen, mit in der besten Zeit des Tages mit der Mistforke oder einem Stiefelknecht über den Hof eilen und in ihren Schürzen an den Knecht erinnern. Religion ist auf unserm Landes-Seminar Nummer eins; und das thut wohl gewiß nöthig, damit das Volk nicht so leicht den Unterschied zwischen liberal und feudal-orthodox begreifen lernt! Alles Andere ist wohl mehr Nebensache. Ein Beispiel: Vom Gymnasium zu Wismar wurde wegen mangelhafter Begabung ein Stammquartaner sozusagen abgegangen. Nach Meinung der Eltern war der Jüngling noch immer klug genug zum Lehrer. Sie wandten sich darum an den betreffenden Director, von welchem ihnen die günstige Auskunft wurde, daß ihr Sohn zum Eintritt schon genug vorbereitet sei, nur müsse er vorher noch tüchtig die Bibel, das Gefangbuch und den Katechismus tractiren. Der Leser wird sich nun wohl selbst ein Urtheil über diejenigen mecklenburgischen Lehrer bilden, welche später privatim nicht vorwärts gestrebt sind und die enge Bahn verlassen haben.

Schweiz.

Bern, 14. März. Das Schicksal der von dem herner Deputirten Hofer im Ständerath gestellten Motion, den Bundesrath zur beförderlichen Berichterstattung über den finanziellen Stand des Gotthardbahn-Unternehmens einzuladen, welche heute zur Verathung gelangte, war vorauszuweisen. Dem Antragsteller erwiderte Bundes-Präsident Welter zunächst auf seine sehr allgemein gehaltene Motivirung, wenn man vom Bundesrath eine Berichterstattung jetzt oder in nächster Zeit verlange, so könne derselbe nur auf den jüngsten Finanzbericht der Gotthardbahn-Direction verweisen, da er diesen vor seiner eigenen Berichterstattung, welche übrigens den betreffenden Cantonen und Gesellschaften mittels eines bundesrathlichen Schreibens am 11. v. Mts. angekündigt worden sei, genau prüfen, eben so wie er sich die Bezeichnung des Zeitpunktes vorbehalten müßte, wenn er diese seine eigene Berichterstattung ablegen könne. Eine neue Finanzierung des Unternehmens sei nur durch das Zusammenwirken der beteiligten Staaten möglich, dazu aber seien Unterhandlungen über verschiedene Punkte nöthig, welche ohne Verletzung wichtiger Landesinteressen zur Stunde nicht öffentlich discutirt werden können. Sengel von Chur meinte, da der Antrag nun einmal gestellt sei, würde es wohl auch erlaubt sein, die Hoffnung auszusprechen, daß man in der Gotthardbahn-Frage nicht den Standpunkt des Gesetzes verlassen, d. h. daß man diese Bahn behandeln werde wie jede andere Eisenbahn. Bodenheimer von Bern hielt den Zweck des Antrages, welchem Theiler aus dem Canton Schwyz lieber den Charakter einer Interpellation geben möchte, mit der Erwiderung des Bundes-Präsidenten Welter erreicht, worauf dann noch Dr. A. Keller von Aarau den definitiven Antrag stellte, die Versammlung möge sich mit derselben zufrieden gestellt erklären und die Motion, wie bereits telegraphisch gemeldet, von ihrem Urheber schließlich zurückgezogen wurde. — Das Gotthardhospiz passirten im Jahre 1874—75 17 184 Reisende, an welche 66 814 Portionen Essen verabreicht wurden; 8387 wurden beherbergt, darunter 127 Kranke. Die Ausgaben betrugen 16 342 Fr., die Einnahmen 16 128 Fr.

Frankreich.

Paris, 15. März. Die ministerielle Botschaft hat im Senat eine sehr günstige Aufnahme gefunden, während sie in der Kammer mit größerer Zurückhaltung aufgenommen wurde. Dieser Unterschied erklärt sich nicht nur daraus, daß die Verfassungsparthei im Senat einer etwas conservativen Richtung angehört als diejenige der Kammer, sondern auch dadurch, daß im Senat die Monarchisten und Bonapartisten ihr Mißfallen deutlicher zu erkennen geben. Je weniger man die Gegner der Republik befriedigt sah, um so lebhafter äußerten natürlich die Republikaner ihre Zufriedenheit. Im Uebrigen haben die Hauptpunkte der Botschaft, die Stellen, wo von dem legitimen Ursprung der Republik, sowie ihrem friedlichen Charakter die Rede ist, desgleichen die Anspielung auf die Kriegsabenteuer des Kaiserreichs auch in der Deputirtenkammer lebhaften Beifall gefunden. Man bemerkte, daß Gambetta persönlich der etwas zögernden äußersten Linken das Zeichen zum Applaus gab. Die anderen Theile der Botschaft fand man zur Linken zusammenhanglos und überflüssig, während man gerade über diejenigen Punkte, welche das Ministerium nur obenhin erwähnt oder ganz mit Schweigen übergeht, eingehendere Erklärungen gewünscht hätte, so über den Belagerungszustand, der gar nicht erwähnt worden. Der Eindruck des Documentes ist also vorerst ein gemischter. Die gemäßigten republikanischen Blätter lassen es nicht an Lob fehlen, die radicalen, wie „Cövenement“ und „Kappel“, verhalten sich tabelnd, und der Sinn des langen Artikels, welchen heute die „Republique française“ der ministeriellen Erklärung widmet, ist auch nicht günstig. Wenngleich die „Republique“ den allgemeinen Inhalt und die Tendenz des Acten-

stückes billigt, und hinzufügt, daß die Republikaner die Minister erst nach ihren Leistungen beurtheilen wollen, so schließt sie doch ihre Betrachtungen mit diesen Worten: „Die Wahrheit und Aufrichtigkeit nöthigen uns zu sagen, daß die gestern verlesene Erklärung, ohne dem Ministerium Kraft zu geben, vielmehr der republikanischen Demokratie neue Gründe giebt, sich abwartend zu verhalten.“ — Der Senat hat gestern sein Bureau durch die Wahl Colombet's zum 6. Secretär vervollständigt. Colombet erhielt 131 St. und Foubert, der Candidat der Linken, nur 126 St. D'Audiffret-Pasquier nahm mit einer kurzen Dankrede von dem Präsidenten-essel Besitz. Die Wahl des Broglie's zum Senator, obgleich lebhaft beanstandet, wurde genehmigt; endlich beschloß man, heute Mittwoch die Wahl eines lebenslänglichen Senators vorzunehmen. Diesmal verjagte die Rechte vergebens, den Beschluß zu hintertreiben.

Spanien.

Madrid, 9. März. Der höchste Gerichtshof hat auf Ansuchen des Staatsanwalts die vorläufige Niederschlagung des Prozesses gegen den Bischof Caizal von La Seo de Urgel angeordnet. Der Staatsanwalt begründete sein Verlangen darauf, daß die Untersuchung über den Tod des Priesters nicht ergeben habe, was den Gefängnißbeamten zur Last gelegt werden könne, und daß es deswegen auch nicht möglich sei, gegen den Bischof einzuschreiten, dessen Dazwischenkunft nur eine zufällige gewesen. Das Tribunal führt unter den Motiven auf, daß in dem ganzen Verlauf der Sache nicht bewiesen worden wäre, daß der Priester Carreras keines natürlichen Todes gestorben sei.

Portugal.

Lissabon, 1. März. In der Kirche Santo Paolo, welche mitten in der Stadt liegt, hatten seit einiger Zeit auf Veranlassung des Patriarchen Jesuitenmissionen stattgefunden, in denen Vater Hughes, ein Engländer, sich durch die Festigkeit seiner Sprache auszeichnete. Als derselbe vor einigen Tagen sich über die Sitten der Gemeinde, insbesondere das Familienleben der Frauen, in sehr unziemlichen Ausdrücken äußerte, entstand in der zahlreichen Versammlung eine große Aufregung, in der Kluse des Unwillens laut wurden. Ein anderer Jesuitenpater zog unter seiner Soutane einen dicken Knüttel hervor und hieb damit einen der lautesten Schreier über den Kopf. Darüber erhob sich die ganze Versammlung; der angreifende Pater wurde durchgeprügelt und er selbst so wie Hughes, der mit dem Kreuz in der Hand Ruhe zu stiften suchte, und die anderen Jesuiten aus der Kirche vertrieben.

Italien.

Rom, 12. März. In dem letzten Minister-rathe kam man überein, das Cabinet solle noch nicht seine Entlassung eingeben und erst bei der Abstimmung über die Eisenbahnverträge, welche Minghetti persönlich verteidigen wird, die Cabinetsfrage stellen. Die „Libertà“ spricht von einem Plane Minghetti's, die Verwaltung der Eisenbahnen Privat-Gesellschaften anzuvertrauen, doch so, daß auch der Staat dabei mitwirke. Diese Mittheilung deutet an, daß die Regierung sich die Toskaner, deren einige übrigens dem Ministerium treu geblieben sind und nicht der Fahne Peruzzi's blinblings folgen, um jeden Preis wieder verschöner will. — Der vaticanische Chronist schreibt der „Gazetta d'Italia“, der Papst werde in dem Consistorium, in dem Cardinal Ledochowsky der Mund geöffnet werden solle, eine Allocution halten und darin einen Protest gegen die deutsche Reichsregierung anbringen, den er auf die Angaben des Erzbischofs von Posen begründen wolle. Letzteren sollen einige Cardinale in Verdacht haben, er wolle neben der Märtyrerkrone auch die Tiara sich erwerben, und strebe danach, der Nachfolger Pius IX. zu werden. Der Papst habe ihn deshalb erjucht, Alles zu vermeiden, was Aufsehen erregen oder Demonstrationen herbeiführen könnte.

England.

London, 15. März. Der Sturm, der in den letzten Tagen zu Land und See den großen Schaden angerichtet hat, scheint sich immer nicht ausgetobt zu haben; die continentale Post wurde heute verspätet ausgegeben und die Telegraphen-Verbindung mit dem Innern des Landes ist noch immer so sehr unterbrochen, daß die heute Morgen in Liverpool, Manchester und anderen Städten des Nordens ausgegebenen Blätter ohne telegraphischen Bericht über die gestrige Parlaments-Sitzung erscheinen mußten. In Deal wurden zwei Leichen an das Ufer gespült, deren eine von dem verunglückten Strathclyde herzurühren scheint.

16. März. Die Königin tritt ihre Festlandsreise bestimmt am 28. oder 30. d. M. an. — Die Geschäftsleute des Westends sind zur Vorbereitung eines Empfangs für den Prinzen von Wales zusammengetreten; sie beabsichtigen die Ausschmückung der Straßen, durch welche der Prinz fahren wird, und die Beleuchtung der Stadt.

Amerika.

Newyork, 14. März. Der Senat hat ein Gesetz angenommen, welches die Civilliste des Präsidenten wieder auf die frühere Summe von 25 000 Dollars herabsetzt.

Danzig, 18. März.

[Auszug aus dem Protokoll der 91. Sitzung des Vorsteheramts der Kaufmannschaft vom 15. März.] Anwesend die Herren: Albrecht, Witz, Gibbons, Steffens, Kosmack, Wiber, Böhm, Petschow, Girsch und Ehlers. Die K. Regierung hat mitgetheilt, daß nach einem Erlasse des Herrn Handelsministers vom 28. Januar c. zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Chile eine Vereinbarung wegen gegenseitiger Anerkennung der nach dem neuen Schiffsvermessungsverfahren bewirkten Vermessungen getroffen worden ist. — Nach einer von dem Hgl. großbritannischen Vice-Consul hier mitgetheilten Bekanntmachung der Handelskammer zu Leith ist dieser Seehafen zu einem Kohlen-Hafen erklärt worden. — Herr P. v. Franks hat seinen Austritt aus der Corporation angezeigt. — Hr. Ludwig Dunkel, in Firma L. Dunkel, ist auf seinen Antrag in die Corporation aufgenommen worden. — Die Fachcommissionen für Holz-, Waaren- und Getreidehandel, sowie für Rhederei und Schiffahrt haben sich constituirt und zu stellvertretenden Vorständen gewählt die Herren Eignitz, Commerzienrath Böhm, Petschow und Commerzienrath

Paaske. — Der diesseitige Entwurf einer Gebührenrente für die in Eisenbahn-Reclamations-sachen zuzuziehenden Sachverständigen ist von der K. Direction der Ostbahn zu hoch befunden. Letztere beabsichtigt dagegen, mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit der Localverhältnisse in den größeren Handelsplätzen, für die ganze Ostbahn eine einheitliche Gebührenrate aufzustellen und hat hierzu die gerichtliche Lage ersehen. Das Vorsteher-Amt ist demgemäß von der K. Eisenbahn-Commission hieraufgefordert worden, die gerichtliche Lage auch für die hiesigen Sachverständigen, wenigstens vorläufig, zu acceptiren; und wird daher zunächst eine Erklärung der designirten Sachverständigen selbst herbeizuführen sein. — Die am 19. Februar auf der Linie Berlin-Bromberg-Dirschau vorgekommene Verspätung des Courierzuges No. 3 hatte zur Folge, daß die Berliner und die polnische Post, sowie die Reisenenden, welche sonst mit dem Personenzuge No. 105 um 9 Uhr 40 Min. Vorm. in Danzig eintreffen, erst mit dem Zuge No. 109 um 3 Uhr 6 Min. Nachm., also 5 1/2 Stunden später und lange nach Schluß der Börsenzeit hier ankamen. Die mit dem verspäteten Courierzuge um c. 19 Uhr in Dirschau angekommenen Personen und Postfächer waren dort vier volle Stunden zurückgehalten worden. Um nun die Wiederkehr eines derartigen, namentlich für den Geschäftsverkehr sehr nachtheiligen Falles thunlichst zu vermeiden, hat das Vorsteheramt bei der Verwaltung der K. Ostbahn beantragt, künftighin bei vorkommenden Zugverspätungen auf den Hauptlinien Berlin-Eydtsfuhnen und Dirschau-Bromberg-Thorn die versäumten Anschlüsse der diesseitigen Linie Dirschau-Danzig durch Einlegung eines Extrazuges herzustellen. — Von dem Herrn General-Postmeister ist eine gutachtliche Aeußerung darüber erforderlich, ob und in welcher Weise das Institut der „Postaufträge“ auch auf die Einholung von Wechsel-Accepten durch Vermittlung der Postanstalten auszu dehnen sein würde.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Albrecht.

* Nach einem von Warschau den 17. d. Vormittags, eingegangenen Telegramm war der Wasserstand dort 8 Fuß 10 Zoll. Das Wasser nahm langsam zu.

Tilsit, 16. März. (Tel.) Die Schifffahrt auf der oberen Memel ist eröffnet.

Inschriften an die Redaction.

No. 9632 der Danziger Zeitung enthält einen Bericht über eine in Danzig abgehaltene sogenannte Notabeln-Versammlung, nach welchem der Abgeordnete Damm unter Anderem gesagt hat: „Und wie machen es die Ostpreußen jetzt? darüber belehren sie die soeben ausgegebene gegen die Plehnsche Brochüre gerichtete Brochüre des Abgeordneten Dirichlet. Dieser hält seinen auf dem Landtage innegehabten Standpunkt consequent fest. Er sagt: Wir sollten einen Pfennig von westpreussischem Gelde wollen? Gott bewahre, wir wollen nur das Geld der ganzen Provinz, und nun kommt her, Ihr seid 57, wir sind 77, wir wollen einmal abstimmen und sehen, wer das Geld kriegt. Man kann das den Standpunkt des „berechtigten Egoismus“ nennen, und wenn ich (Damm) dort wohnte, ich stehe nicht dafür, daß ich nicht eben so spräche. Auch den Königsbergern kann man ihre Stellung von dem Standpunkte jenes berechtigten Egoismus aus nicht übel nehmen. Wenn die Trennung stattfände, so behielten sie allein die Gumbinner mit ihrer großen Hypothek auf dem Halbe. Um dies zu vermeiden, haben sie auf einmal einen „gewaltigen Provinzial-Geist“, vertreten natürlich nur den „liberalen Standpunkt“, und reden davon, welch „großes politisches Gewicht“ wir in die Waagschale werfen würden, wenn wir zusammen blieben. Willige Pfaffen! Was kaufen wir uns für den gewaltigen Provinzial-Geist der Ostpreußen?“

Da weder der Unterzeichnete noch ein anderer Ostpreuze an dieser Versammlung Theil genommen, so ersuche ich die geehrte Redaction um Aufnahme folgender berechtigten Zeilen.

Zunächst muß ich dem Provinzial-Landtags-Abgeordneten Herrn Damm erklären, daß ich, Dirichlet, dafür einstehe, daß, selbst wenn ich in Danzig wohnte, ich nicht so sprechen würde; ich würde für die Anschauungen meiner abwesenden Kollegen nie den Ausdruck „Billige Pfaffen“ gebrauchen. Ich muß ferner constatiren, daß ich weder im Landtage noch in meiner Brochüre jemals auch nur etwas Ähnliches gesagt habe, wie „Ihr seid 57, wir sind 77, wir wollen einmal abstimmen und sehen, wer das Geld kriegt.“

Wo ich von den Ansprüchen der einzelnen Kreise an den Dotationsfonds gesprochen habe, ist dies immer nur in dem Sinne geschehen, daß diese immer liquide Forderungen an die Provinz als Erbin des Staates repräsentiren, welche nach dem Dotationsgesetz auf Anrufen der Berechtigten durch die Staats-Regierung erzwungen werden können. Ich habe die Ansprüche an den Dotationsfonds niemals mit dem durchaus zufälligen Umstande in Verbindung gebracht, daß die beiden östlichen Regierungsbezirke mehr Vertreter in den Provinzial-Landtag wählen als die westlichen. Wenn Herr Damm ferner sagt, daß die Abgeordneten des Königsberger Departements um die Verbindung mit Gumbinnen zu vermeiden, auf einmal einen „gewaltigen Provinzial-Geist“ entwickeln, so vergißt er, daß dieser gewaltige Provinzial-Geist (im Gegensatz zum Particularismus) durchaus nicht so neuen Datums ist; derselbe hat sich vielmehr, ebenso wie im Gumbinner Bezirk und in einem Theile der heutigen Bezirke Danzig und Marienwerder, unter Anderem schon auf den Landtagen der Jahre 1813 und 1840 recht lebendig zur Ehre der ganzen Provinz und des ganzen deutschen Vaterlandes documentirt.

Wenn der Werth dieses alten Provinzial-Geistes, der uns noch recht lange erhalten bleiben möge, sich auch weder in Preussisch Courant, noch in Reichswährung ausdrücken läßt, und Herr Damm daher in der That sich für denselben Nichts kaufen kann, so hat derselbe doch auf einem andern Gebiete seine Würdigung gefunden.

Al. Bretschkehen, 15. März 1876.

W. Lejeune Dirichlet.

Der in der „National-Zeitung“ vom 19. Februar er. (Abend-Ausgabe) enthaltene Börsenbericht, welcher eingehend eine in Oesterreich erschienene Schrift über die Nationalbank bespricht, giebt bei dieser Gelegenheit dem ganzen deutschen Handelsverkehr ernste Winke, die allgemeine Verbreitung und Würdigung verdienen. Sie sagt: „Für Deutschland ist von Wichtigkeit die Frage des Credit-Mißbrauchs Seitens der Consumenten, der sich auch auf den Großhandel überträgt und weitreichende schlimme Folgen hat. In England und Frankreich werden alle Bedürfnisse baar oder mit Cheks oder endlich, besonders in Frankreich, mit kurz fälligen Accepten bezahlt, in Deutschland dagegen müssen die Handwerker und Kaufleute einen mehrmonatlichen, ja auch einen Credit auf ein Jahr und darüber gewähren. Die Folge davon ist, daß die gelieferten Waaren um die Zinsen und die auf unvermeidliche Ausfälle zu erhebende Prämie theurer wird. — Letztere müssen die solventen und gewissenhaften Schuldner für die schlechten Zahler tragen. Es entwickeln sich daraus weitreichende Folgen, eine ungesunde Credit-Znanspruchnahme, die bis zum Großhändler hinaufreicht, das Festlegen bedeutender Geldmittel, auf deren prompten Eingang niemals auch nur mit einiger Sicherheit zu rechnen ist, und dadurch eine sehr nachtheilige Stellung der deutschen gegenüber der französischen und englischen Industrie. Auf der andern Seite liegt in der Credit-Znanspruchnahme der Consumenten ein Reiz zu Ausgaben, welche das Gleichgewicht im Haushalt verschieben und oft nicht allein die Sparfähigkeit abschwächen, sondern auch ein Deficit begründen. Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Creditverhältnisse wird jetzt von vielen Seiten betont, mit dem Anerkenntniß, daß dieselben in der jetzigen Gestalt die Concurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber England und Frankreich bedeutend abschwächen.“ — Soweit die „Nat.-Zeitung“.

Die oben geschilderten Credit-Verhältnisse sind in unserer Stadt nicht im Geringsten besser, als irgendwo anders in Deutschland, nur einige Geschäftsleute sind in den letzten Jahren damit umgegangen, den Credit einzuschränken, nachdem sie sich bei Zeiten von dem Ueberhandnehmen des Creditnehmens haben überzeugen müssen. Jeder Geschäftsmann, auch der kleine Handwerker ist leicht geneigt einem Käufer Waare auf Credit zu verabfolgen, so bald die Stellung dieses oder auch nur dessen Auftreten den Eindruck eines guten Kunden machen; ja mir sind Fälle genug bekannt, in denen der Handwerker nur bei wiederholter und ganz energischer Forderung Seitens des Kunden sich dazu entschließt, den Betrag für gelieferte Waaren bei deren Ablieferung einzufordern. Man hört oft sagen, der Beamte, der einen Haushalt gründet, sei genöthigt Credit zu beantragen, da seine Einnahmen zu knapp bemessen seien, um sich seiner Stellung gemäß einzurichten. In jenem Artikel der National-Zeitung dagegen wird schon angeführt, daß durch die Credit-Znanspruchnahme der Consumenten das Gleichgewicht in dem Haushalt leicht gestört wird und ich behaupte sogar, daß jeder Haushalt, der für die erst zu verdienenden Einnahmen Waaren auf Credit für längere Zeit entnimmt, an seinem Ruin arbeitet, da die geringste Störung durch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit ihn aller Mittel entblößt, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Die Schäden, welche diese Zustände für unsere kleineren Gewerbetreibenden haben, sind ganz beträchtlich. Der kleine Handwerker ist genöthigt, da er selbst Credit geben muß, sich wieder Credit zu suchen, nicht nur für die von ihm zu verarbeitenden Stoffe, sondern auch für seinen Haushalt, und wird ihm dieser gewährt, so gelangt er dadurch leicht in eine abschüssige Bahn, daß er die Uebersicht über seine Einnahmen verliert, selbst wenn seine Zustände ganz sicher sind. Die größeren Gewerbetriebe werden durch gewissenhafte Buchführung in der Lage sein, diese Uebersicht stets zu haben, können aber, da sie nie mit Sicherheit auf pünktlichen Eingang ihrer Aufstände rechnen können, sondern sogar bei dringender Mahnung wegen Bezahlung lange gelieferter Arbeit riskiren, eine Rundschau zu verlieren, ihren Lieferanten oft nicht pünktlich gerecht werden, müssen oft Darlehne aufnehmen, deren Zinsen den schon durch die gefüggene Concurrenz und die erhöhten Anforderungen der Arbeiter beschränkten Nutzen noch mehr beeinträchtigen.

Eine Abhilfe dieser Zustände kann nur durch verständige Erwägung und guten Willen der Käufer wie der Verkäufer herbeigeführt werden. Möchten die zahlungsfähigen Käufer der Gewohnheit des Creditnehmens principiell entsagen, so würden die Gewerbetreibenden auch schon eine genügende Unterstützung finden, wenn sie die bisher gewährten langen Credite verweigern. An die Gewerbetreibenden unserer Stadt kann nicht genug die dringende Mahnung gerichtet werden, sich zu vereinigen, um gemeinsam gegen übelwollende Käufer Front zu machen.

n. n.

Vermischtes.

London. Graf Gleichen, ein Neffe der Königin Victoria, arbeitet gegenwärtig an einer colossalen Statue des Königs Alfred, welche in Wantage, dem Geburts-Orte des großen englischen Königs, nächsten August aufgestellt werden soll. Der Graf hat auch eine lebensgroße Figur der Hero, der Geliebten Leander's, unter dem Meißel.

* Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Vom 26. Februar 1876. Mit vollständigem Sachregister. Berlin, 1876. Verlag der Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Deder). 7 1/2 Bg. 8. Preis 60 S. Die vorliegende Textausgabe des Deutschen Strafgesetzbuches in der durch die Novelle mehrfach veränderten Form kann wegen ihrer Handlichkeit, Correctheit und gefälligen Ausstattung sowohl als des mit Sorgfalt ausgearbeiteten 22 Seiten starken Sachregisters wohl mit Recht einer weiteren Verbreitung in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung entgegengehen, da unter den heutigen Verhältnissen sich immer mehr und mehr die Nothwendigkeit der genauesten Kenntniß unserer Strafgesetze geltend macht, zumal das seit 5 Jahren bestehende Systr. der Antragsdelikte in der Novelle eine erhebliche Modifikation erfahren hat.

Lotterien.

3. Klasse der 153. K. Pr. Klassenlotterie. Am 3. und letzten Ziehungstage, den 16. März, wurden ferner folgende Gewinne gezogen: a 240 A.: 3939 24 663 25 931 30 589 873 36 121 43 731 44 121 45 813 55 880 68 166 78 859 80 685 87 931.

de-
 nige
 und
 3 M.,
 on
 ver.
für
 Zitel
 April
 bereit
 a. 57.
 ger.
ch,
 Fabrikate
 Bands
 gen und
 sche gegen
 einnau,
 fertigung
 Ansfüh-
 rungen,
 r-Arbeit
 uch über-
 leitung n
 wädergasse
 No. 26.
ate
 und 1 M.
 75 S
 hrt
 ann,
 3.
 ein tu
 bele-
 nirtes
 Mate-
 nt mit
 n wird
 Diesen
 taufen
 sich
Specielle Anschläge von Gütern
 erteilt
 O. Lina. Ich. Wartenburg.

Danzig.